

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

Die Lohntüte der Roboter

Vier Protagonisten stritten am 30. August im nd-Club im Verhältnis 3 * Pro und 1 * Contra um Industrie 4.0 und ein Bedingungsloses Grundeinkommen. Die Rolle des „Bad Boy“ hatte Ralf Krämer von ver.di, zu den Befürwortern gehörte u.a. Anke Domscheid-Berg, Ex-Piratin und linke MdB-Kandidatin in spe sowie je ein Vertreter der BAG Netzpolitik bzw. BGE.



Teilweise hatte die Debatte eine magische Note – wir haben ein hehres Ziel, das BGE (oder neubenannt das Emanzipatorische G., denn das linke BGE erfordert im Unterschied zum neoliberalen BGE als Bedingung [!] die Einhaltung von vier Kriterien). In welchen Schritten wir unter kapitalistischen Bedingungen dahin kommen, klären wir später. Nachfragen zur Finanzierung wurden mit dem Hinweis „wir haben es durchgerechnet“ abschließend beantwortet. Mit Hinweis auf eine drastische Reduzierung der Arbeitsplätze durch die Digitalisierung wurde die Notwendigkeit eines BGE begründet, Hinweise auf eine schrittweise Arbeitszeitreduzierung bzw. im ersten Schritt den Abbau des Überstundenberges im Ergebnis des vermeintlichen Wegfalls von Arbeit wurden überhört. Szenenapplaus

gab es aus dem Publikum für den Hinweis von R. Krämer, dass ein wie auch immer geartetes BGE nur durch die Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise möglich sei. Immerhin, dieses Etappenziel wurde benannt. Teilweise erschütternd die Technikgläubigkeit. Nach A. Domscheid-Berg kommt demnächst alles aus dem 3D-Drucker - Häuser in Dubai, Autos in China, künstliche menschliche Organe usw.. Selbstfahrende Autos und Züge bestimmen die Zukunft, und damit werden Hunderttausende Maurer, Autobauer, Krafffahrer und Lokführer nicht mehr benötigt. Widerspruch aus dem Publikum - nicht alles was technisch möglich ist, ist sinnvoll und wird benötigt. Jeder erzeugt künftig seinen eigenen Strom mittels Folie auf der Fensterscheibe, und die großen Energiekonzerne verlieren (widerstandslos?) ihre Geschäftsgrundlage! Und das alles mit dem Ziel, einen Commonismus anzustreben. Ein Begriff, der jedes Mal buchstabiert werden musste, um peinliche Missverständnisse auszuräumen. Noch über das Visionäre hinausgehend, waren dann Ko-Referate aus dem Publikum mit der Zielrichtung eines globalen BGE.

Interessant war die Frage, warum eigentlich Industrie 4.0? Gab es eine Industrie 2.0 oder 3.0? Die Erklärung von A. Domscheid-Berg hinsichtlich der Nummerierung industrieller Revolutionen als Zusammentreffen von Umwälzungen in der Kommunikation mit Umwälzungen im Energiebereich klang logisch, danach haben wir jetzt die 3. industrielle Reform. Das erinnert etwas an die Kondratjew-Zyklen aus der Volkswirtschaftslehre, allerdings sind wir da seit 1990 schon im 5. Zyklus.

Fazit der fast zweistündigen Debatte - wissenschaftlich interessant bezogen auf eine lange Perspektive hin, für die konkrete praktische Auseinandersetzung im kommenden Bundestagswahlkampf eher nicht. Also keine Fundamentalkritik an dem Thema, sondern eher an die Herangehensweise. Die Forderung nach einem BGE hat durchaus einen realen Hintergrund, aber ein Ziel auszurufen, ohne die Etappen dahin auch nur anzudeuten, erscheint nicht zielführend. Und was haben die Roboter damit zu tun? Wenn es immer weniger Erwerbstätige gibt, wer zahlt dann die erforderlichen Sozialabgaben und Steuern? Die Frage, die sich als abschließend stellt und hier nicht beantwortet werden soll – ist das Thema BGE oder EGE oder ... auch ein Thema für OWUS???

RoSu

Wirtschaftskompetenz der gesellschaftlichen Linke

In der Wochenendausgabe 06./07. August 2016 äußerte sich der Chefredakteur des „nd“ Tom Strohschneider zur Wirtschaftskompetenz der gesellschaftlichen Linken. (nur für Online-Abo. <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1021212.dauerverstaerkte-herrschaftserzaehlung.html>). Er stellte fest, dass zu den Evergreens der politischen Vorurteile die Behauptung gehört, die gesellschaftliche Linke besitze keine »Wirtschaftskompetenz«. *„Wirtschaftskompetenz? Was auch immer das sein soll - die Leute haben eine feste Meinung dazu. Auf die Frage, welcher Partei sie am ehesten zutrauen, »die Wirtschaft in Deutschland voranzubringen«, antworten die Leute seit Jahrzehnten: der Union. Die SPD folgt in deutlichem Abstand und die »Wirtschaftskompetenz« von Linkspartei und Grünen rangiert in solchen Umfragen meist nahe Null.“*

nd-online veröffentlichte dazu am 12. August unter der Überschrift **„Protestieren und anbieten – wo ist das wirtschaftspolitische Zentrum der Partei DIE LINKE, wo die Antworten auf praktische Fragen“** einen Diskussionsbeitrag des OWUS-Vorsitzenden Dr. Sukowski. Er stellt die Frage *„Ist es eine Mär, die von den Verfechtern der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik in die Welt gesetzt, gehegt und gepflegt wird? Oder sind es vielleicht auch so manche linke Protagonisten, die ihren Beitrag dazu leisten, dass dieser Aberglauben kräftig genährt wird? ... Wenn die gesellschaftliche Linke ihre auch vorhandene Wirtschaftskompetenz endlich unter dem Scheffel hervorholt, könnte der „interessegeleitete Aberglauben“ verloren gehen.“* (ausführlich siehe www.owus.de) .

Neues von „OXI – Wirtschaft für Gesellschaft“

Im Mai 2016 kam die erste Print-Ausgabe von „OXI – Wirtschaft für Gesellschaft“ an den Kiosk. Nach der großen positiven Resonanz teilte die herausgebende common verlagsgenossenschaft i.G. jetzt mit, dass nach einer längeren Auswertungs- und Planungsphase am 01. Oktober die nächste Print-Ausgabe erscheint und dann jeweils zu Beginn des Monats (Jahres-Abo mit 12 Ausgaben für 40 Euro abo@oxiblog.de) Auf 24 Seiten wird es linke Wirtschaftsanalysen, alternative Thesen und Themen sowie Erklärungen aktuellen ökonomischen Geschehens geben. Die elektronische Ausgabe ist bereits jetzt unter www.oxiblog.de verfügbar, auf ihr können aktuelle Debatten verfolgt und ökonomische Analysen gelesen werden. Dazu gibt es einen regelmäßigen Newsletter.

Aus dem OWUS-Dachverband

OWUS auf  www.facebook.com/owus.dachverband

„Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer“ – weitere Reaktionen

Auch im August kamen weitere Reaktionen zu Beschluss des OWUS-Dachverbandes. Interessant die Stimmen aus dem Bereich der IHK, den per Gesetz bestimmten Interessenvertretern der gewerblichen Wirtschaft.

Der Bereichsleiter Wirtschaftspolitik der IHK Berlin schrieb: *„Mit großem Interesse haben wir Ihre ‚Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmen‘ zur Kenntnis genommen. Für Ihr Engagement – vor allem auch im Berliner Landesverband – möchte ich Ihnen herzlich danken.*

Gemeinsam verfolgen wir das Ziel, uns für die Belange vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen in Berlin einzusetzen. Für die Meinungsfindung und Positionierung innerhalb der Berliner Wirtschaft nutzt die IHK Berlin ein breites Netz ehrenamtlich engagierter Unternehmerinnen und Unternehmer in ihren Gremien. Dabei haben wir immer das Ziel vor Augen, einen Konsens über Branchen und Unternehmensgrößen hinweg zu erreichen. Im Meinungsfindungsprozess sind Stellungnahmen einzelner Verbände unverzichtbar. Vor diesem Hintergrund bin ich Ihnen für die Übersendung Ihrer Sozialcharta sehr dankbar. Ihr Schreiben wurde den entsprechenden Fachabteilungen in unserem Hause zur Verfügung gestellt. Diese werden Ihre Position – in Abwägung mit dem Gesamtinteresse – in die Gremienarbeit einfließen lassen.“

Vom Hauptgeschäftsführer der IHK Südthüringen erreichte uns die Mitteilung:

„1. Grundsätzlich sind wir einer Meinung, dass für die Solo-Selbstständigen und insbesondere zu deren sozialer Absicherung mehr getan werden muss.

2. Die IHK Südthüringen wird das Thema aufgreifen und in die ehrenamtliche Diskussion mit dem Ziel bringen, die soziale Absicherung der Soloselbstständigen in die wirtschaftspolitischen Forderungskatalog unseres Hauses und der Gesamtorganisation zu integrieren.

3. Wir können und werden jedoch keine Papiere mittragen, die die Pflichtmitgliedschaft in der IHK offen ablehnen. Auch die Polemik gegen Großunternehmen wird meinerseits in der dargelegten Form nicht geteilt.“

Die drei IHK im Lande Brandenburg schickten eine gemeinsame Stellungnahme des Justizars der IHK Ostbrandenburg „*Auch uns liegt das Schicksal der Inhaber kleiner Unternehmen sehr am Herzen, machen diese doch einen großen Anteil unserer Mitgliedsunternehmen aus. ...*

Leider sehen wir jedoch nach Abwägung aller Umstände derzeit keine Möglichkeit an der Sperrwirkung des § 1 Abs. 5 IHK-Gesetz vorbei, in der von Ihnen gewünschten Weise Unterstützung zu gewähren. Nach dieser Vorschrift ist den Industrie- und Handelskammern die Wahrnehmung sozialpolitischer Interessen ausdrücklich entzogen. Während freiwillige Vereine und Verbände für die von ihnen vertretene Interessengruppen unbeschränkt eintreten können, dürfen die Industrie- und Handelskammern als Körperschaften des öffentlichen Rechts und Teil der mittelbaren Staatsverwaltung nur in den im IHK-Gesetz vorgegebenen Grenzen agieren ...

Im Übrigen sei hinsichtlich der Mehrheitsfähigkeit ihre Forderungen nach Mindesthonoraren, -gebührenrahmen und neuen Versicherungspflichten für Selbständige noch einige Skepsis erlaubt. Uns eint jedoch der Wunsch, allen Selbständigen eine angemessene soziale Absicherung zu ermöglichen.“

Keine Antworten liegen bis heute vor vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag sowie den angeschriebenen Handwerkskammern in Berlin und Brandenburg. Unsere Vorschläge gingen auch an den DGB sowie die Gewerkschaften IG Metall, IG B.A.U., NGG und ver.di – bisher ohne eine Rückäußerung. Das gleiche betrifft die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen sowie den Bundesverband der Mittelständischen Wirtschaft.

Der bisherige Stand der Debatten, einschließlich der Reaktionen auf den Beschluss des OWUS-Dachverbandes, wurde inzwischen in einem Dossier zusammengefasst. Das Material kann beim Vorstand OWUS BB abgefordert werden (Berlin-Brandenburg@OWUS.de).

Aus den Landesverbänden

OWUS Sachsen

Der Unternehmerstammtisch findet am 08. September 2016 um 18 Uhr im Begegnungszentrum Wiederitzsch, 04158 Leipzig, Delitzscher Landstraße 38 statt.

Juliane Nagel, MdL und Stadträtin für DIE LINKE in Leipzig, berichtet über ihre Tätigkeit im linxxnet und im Sächsischen Landtag.

Informationen aus OWUS-Mitgliedsunternehmen und von Einzelmitgliedern

„**neues deutschland**“ – seit 75 Jahren aktiv und konnte jetzt nachweisen, dass die Mitarbeiter und Redakteure ihr HANDwerk gelernt haben. Durch einen Blitzvolltreffer war der Klimaschutz für die Elektronik lahmgelegt, und die Ausgabe vom 30. August erschien als „analoge“ Notausgabe. Mit einer gehörigen Portion Selbstironie wurde über die Erstellung dieser Ausgabe berichtet. Beim größten Glauben an die Unfehlbarkeit der Technik (siehe die „Lohntüten der Roboter“) – so ganz ohne Menschen scheint es wohl doch nicht zu gehen. Und die Leser hätten sich auch die Ausgabe nicht über den 3D-Drucker holen können, da die Redaktion offline war.

<https://www.neues-deutschland.de/artikel/1023771.jetzt-muss-ich-nur-noch-den-hotspot-finden.html?sstr=Super|GAU>

Solidaritätsdienst International (SODI) e.V. – in einer Medienmitteilung von „Aktion Deutschland Hilft (ADH)“ zum Welttag der Humanitären Hilfe am 19. August 2016 wird auch auf Aktivitäten von SODI e.V. verwiesen *„In Indien unterstützt SODI Kleinbauern und -bäuerinnen im nachhaltigen Anbau und der Pflege von Teeplantagen, eine Gärtnerei für Tee, Pfeffer und Kaffee wurde gegründet, ebenso wie eine Teeverarbeitungsfabrik. Durch diese Maßnahmen kann auch langfristig das Einkommen von vielen Männern und Frauen gesichert werden.“*

<https://www.aktion-deutschland-hilft.de/de/fachthemen/news/welttag-humanitaere-hilfe-2016/>

Wirtschaftsinformationen

Bei Kassen in Branchen mit viel Bargeldumsatz, z. B. im Einzelhandel, wollen die Bundesländer das sogenannte INSIKA-Verfahren (**„Integrierte Sicherheitslösung für messwertverarbeitende Kassensysteme“**) einführen. Alle Unternehmen, die Registrierkassen im Einsatz haben, sollen verpflichtet werden, diese entsprechend umzurüsten bzw. neue anzuschaffen. Es gibt Anzeichen dafür, dass nach der parlamentarischen Sommerpause das Gesetz verabschiedet werden soll. Unternehmen mit Bargeldumsätzen sollten sich also rechtzeitig informieren und

notwendige Investitionen einplanen. Sonst laufen sie Gefahr, durch die Finanzverwaltung mit Hinzuschätzungen konfrontiert zu werden.

Nach den vielfältigen Informationen hat sich das Bundesfinanzministerium jetzt „offiziell“ zum inzwischen im Bundesgesetzblatt (BGBl. I, Nr. 35, S. [1679](#)) veröffentlichten **Steuermodernisierungsgesetz** geäußert.

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2016/08/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-4-Modernisierung-des-Besteuerungsverfahrens.html>

Am 3. August 2016 hat das Bundeskabinett auf Vorschlag von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel als Teil des Programms "Bessere Rechtsetzung 2016" das "[2. Bürokratieentlastungsgesetz](#)" beschlossen. Es soll am 1. Januar 2017 in Kraft treten.

Hierdurch soll eine Entlastung, insbesondere von Betrieben mit drei und weniger Mitarbeitern, in Höhe von insg. 360 Mio. Euro bzw. 10 Millionen Arbeitsstunden pro Jahr erreicht werden. Betroffen ist neben der Berechnung der Sozialversicherungsbeträge die Digitalisierung im Handwerk. Zudem soll verhindert werden, dass kleine Unternehmen in Belastungen, die nur für größere Unternehmen gedacht sind, hineinwachsen.

<https://www.bundesanzeiger-verlag.de/betrifft-unternehmen/unternehmensrecht/aktuelles/news-details-unternehmensrecht/artikel/zweites-buerokratieentlastungsgesetz-vorgelegt-19786.html>

Veranstaltungen

1. 07. September 2016 um 18 Uhr im taz-Café, Rudi-Dutschke-Str. 23 in 10969 Berlin, Berliner Unternehmensgespräche von GWÖ Berlin-Brandenburg und UnternehmensGrün gemeinsam mit dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK): „Planetare Grenzen und unternehmerische Verantwortung“;
<http://www.unternehmensgruen.org/veranstaltungen/>
2. 17. September 2016 Der bundesweite Trägerkreis aus 30 Organisationen ruft zu Großdemonstrationen gegen CETA und TTIP auf – zeitgleich in 7 Städten (u.a. in Berlin und Leipzig) <http://ttip-demo.de/home/>;
3. 23. September 2016 Europapolitische Konferenz DIE LINKE in Berlin (siehe unten); www.linksfraktion.de/service/termine/
4. 29. September 2016 um 18 Uhr im taz-Café, Rudi-Dutschke-Str. 23 in 10969 Berlin,

GWÖ-Akademie zum Thema „Geldreform für ein
gemeinwohlorientiertes, nachhaltiges Geldsystem“;

5. 30. September – 03. Oktober 2016 14. OWUS-Unternehmerfahrt nach Kroatien;
6. 08. Oktober 2016 Friedensdemonstration in Berlin - www.friedensdemo.org
7. 19. Oktober 2016 ACHTUNG – NEUER TERMIN - in der Wir AG, Martin-Luther-Str. 21
in Dresden-Neustadt Veranstaltung des Arbeitskreises Dresden der
Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen mit Dr. Rolf Sukowski,
Vorsitzender des Vorstands vom OWUS Dachverband „Gemeinwohl-
Ökonomie und Linke Unternehmer. Gehört das zusammen?“;

Krise der EU – Zeit für einen linken Neustart

Konferenz und Podiumsdiskussion der Bundestagsfraktion DIE LINKE im »Energieforum«, Stralauer Platz 34, 10243 Berlin 23. September 2016

Die Europäische Union steckt in einer strukturellen Krise; wirtschaftlich, sozial und politisch. Die Wirtschafts- und Finanzkrise ist bis heute nicht überwunden. Die marktradikale Krisenpolitik der Regierungen – besonders der deutschen – und der EU-Institutionen hat Armut und soziale Ungleichheit in der EU sowie die ökonomischen Ungleichgewichte vergrößert, die die Existenz der Eurozone bedrohen. Seit langem verlieren die EU und das Projekt der EU-Integration das Vertrauen der Menschen. Dies hat sich infolge der Flucht- und Migrationsbewegungen weiter zugespitzt. Zunehmende nationalistische Töne in öffentlichen Debatten, Wahlerfolge rechter und rechtsextremer Parteien sind ein Ausdruck dieser politischen Krise. Seit dem »Brexit-Referendum« in Großbritannien scheint sogar ein Auseinanderbrechen der EU möglich.

DIE LINKE ist überzeugt: Um ein soziales, demokratisches und friedliches Europa zu verwirklichen und den Rückfall in Nationalismen abzuwehren, ist ein grundlegender Neustart der EU nötig. Die Krisenursachen liegen tief und sind teilweise auf die Vertragsgrundlagen der EU und die Konstruktion ihrer Institutionen zurückzuführen. Daher ist eine Verständigung der europäischen Linken nötig.

Wie soll ein linker Neustart aussehen? Welche konkreten Alternativen hat DIE LINKE? Welche politischen Strategien versprechen Erfolg, und mit welchen Akteur*innen kann DIE LINKE ein anderes, besseres Europa erkämpfen? Darüber will die Bundestagsfraktion DIE LINKE mit Vertreter*innen linker Parteien, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft auf der Konferenz diskutieren.

www.linksfraktion.de/service/termine/

+++ Öffentliche Veranstaltung +++ Eintritt frei +++ Anmeldung bis 19.09. unter veranstaltung@linksfraktion.de

Links

<https://oxiblog.de>

<http://www.die-linke-thl.de/mediathek/parlamentsreport/>

<http://www.unz.de/> Die linke Zeitung für Politik, Arbeit, Soziales und Kulturelles in Thüringen

www.fabio-de-masi.de Homepage von MdEP Fabio de Masi (Fraktion GUE/NGL), u.a. im EP mit den Themen TTIP und Steueroasen befasst

<http://alternative-rohstoffwoche.de>

Unsere Geburtstagskinder für den September 2016

Rolf Kutzmutz	01.09.
Müller Birgit	03.09.
Udo Bellmann	05.09.
Helmut Wandel	14.09.
Claudia Kirchhoff	17.09.

Herzlichen Glückwunsch!!!!!! (wenn auch nachträglich)

Euer OWUS Vorstand

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender
Heinrich-berlin@kabelmail.de .